



Kern: Landesregierung ist sich über die Konsequenzen ihrer Bildungspolitik nicht im Klaren

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern, sagte zur korrigierten Schülerzahlenprognose:

„Der Vorgang zeigt, dass die grün-rote Landesregierung sich über die Konsequenzen ihres Handelns nicht im Klaren ist. Wer die verbindliche Grundschulempfehlung abschafft, keine Vorsorge für das sich dadurch ändernde Schulwahlverhalten trifft und überdies noch Notenhürden kippt, hätte eigentlich mit einem längeren Verweilen zahlreicher Schüler in der Schule rechnen müssen. Denn neben den gestiegenen Zuwandererzahlen ist die längere Verweildauer in der Schule eine wesentliche Ursache dafür, dass die Schülerzahlen nicht in dem Umfang wie bislang von der Regierung angenommen gesunken sind. Dass nun nicht wie ursprünglich geplant 1200 Lehrerstellen gestrichen werden müssen, sondern nun nur 363, hätte man auch mit Blick auf eine allseits angestrebte Verbesserung der Unterrichtsversorgung, den Ganztagsausbau und die Inklusion früher wissen können. Aber hier kann der Grundsatz gelten: ‚Besser spät als nie‘. Wenn jedoch die durchschnittliche Verweildauer in der Schule nicht deshalb steigt, weil zusätzliche Bildungsabschlüsse angestrebt werden, sondern weil das Bildungssystem Umwege und Warteschleifen birgt, ist dies aus liberaler Sicht eine problematische Entwicklung. Hier sollte nicht der Grundsatz des Kultusministers gelten ‚So lange im Schulsystem bleiben wie möglich‘, sondern ‚So lange im Schulsystem bleiben wie nötig‘.“